

## „Drogenpolitik im 21. Jahrhundert – Zeit zum Umdenken? Der Diskurs in Deutschland und Europa.“

Von Christine Dachs



**Regensburg.** Am 29. November 2016 veranstaltete der studentische Verein „Junges Europa e.V.“ einen Vortrag zum Thema „Drogenpolitik im 21. Jahrhundert – Zeit zum Umdenken?“. Als Referent war Prof. Dr. Heino Stöver zu Gast an der Universität Regensburg. Im Hörsaal 3 informierte er 80 interessierte Studenten über Konsumentenverhalten, Suchtpotential und Gefährlichkeit von Betäubungsmitteln und setzte sich mit den Auswirkungen einer (Teil-)Legalisierung von Cannabis in Deutschland auseinander.

Aufgrund seiner dreißigjährigen Arbeit in der Suchtforschung, welche internationale Beratertätigkeiten und die Herausgabe des Alternativen Drogen- und Suchtberichts einschließt, zählt Prof. Dr. Heino Stöver zu den wissenschaftlichen Experten auf diesem Gebiet.

In den letzten Jahren hat das Thema Drogenpolitik an medialer Präsenz zugenommen und gerade die Cannabis-Legalisierungsdebatte hat hohe Wellen geschlagen. Immer mehr Staaten erkennen an, dass der „Krieg gegen Drogen“,

den US-Präsident Nixon 1972 ausrief, gescheitert ist. Verbote sollten seit über 100 Jahren den Drogenkonsum global beschränken, dennoch ist kein vehementer Rückgang feststellbar. Stattdessen erodiert durch die Produktion der „Teufelskräuter“, wie Stöver diese nennt, der Rechtsstaat in vor allem lateinamerikanischen Ländern. Gleichzeitig steigt dort die Kriminalitätsrate.

Im Westen führt die Verfolgung von Konsumenten zu einer erheblichen Mehrbelastung der Polizei und Justiz. Ein Beispiel, welches der Professor vom Institut für Suchtforschung an der Frankfurt AUS hier anbringt, ist der Görlitzer Park in der Hauptstadt der „Null-Komma-Null-Toleranzzone“-Deutschland. „An jedem Baum findet man hier einen Dealer, aber eine zunehmende Polizeipräsenz ist weder bezahlbar noch zweckführend. Die Drogen werden einfach an der nächsten Straßenecke verkauft“, so Stöver.

Man versucht außerdem, mit strafrechtlichen Mitteln ein Gesundheitsproblem zu lösen. Das kann laut dem Referenten nicht gelingen. Die Prohibition fördert eher die Verelendung der Süchtigen und eine Ausgrenzung aus der deutschen Gesellschaft. Andererseits zeigen Untersuchungen, dass viele Konsumenten Heroin, Cannabis und Kokain nehmen können, ohne unter nachteiligen Wirkungen zu leiden.

Im Interview mit der Zeitschrift „The New Yorker“ sagte Barack Obama 2014 über das Rauchen von Marihuana: „Ich denke nicht, dass es gefährlicher als Alkohol ist.“ Mit großem Abstand ist Alkohol das am weitesten verbreitete Suchtmittel und besetzt auf mehreren Studien in Deutschland Platz eins. So rangiert er zum Beispiel wegen seiner massiven körperlichen Langzeitschäden, seiner großen Fremd- und Eigenschädigung sowie einer beträchtlich hohen Anzahl von zehn Millionen Abhängigen (Stand 2015) besonders weit oben.

Doch nicht in Bezug auf Alkohol, sondern auf Suchtmittel wie Heroin, Cannabis und Kokain schüren Politiker, Kontrollstellen und sogar Drogenhilfeeinrichtungen in Deutschland solche Angst und lehnen eine veränderte Drogenpolitik stark ab. Auch in den Medien ist eine objektive Berichterstattung zu dieser Thematik kaum zu finden. Für den Referenten ist nun eine „Zeit des Umdenkens“ angebrochen, denn immer mehr Staaten beginnen aus der Prohibition auszusteigen: Uruguay, Spanien, Portugal, Belgien und Tschechien, aber auch die US-Bundesstaaten Colorado und Washington. Sie zeigen, dass es anders gehen kann und lösen damit einen weltweiten Dominoeffekt aus.

Staaten müssen fortan Lösungen auf nationaler Ebene finden, da international vorerst kein Konsens vorhanden ist. Möglichkeiten, den Drogenkonsum zu regulieren, gibt es genug. Man kann die Höchstgrenze für den Eigenbedarf hochsetzen, was die Anzahl der sogenannten Konsumentendelikte – in

Deutschland immerhin zwei Drittel aller Drogendelikte – reduziert. Staaten könnten, wie zum Beispiel Uruguay, Lizenzen für die Produktion und Abgabe von Drogen vergeben. Kokain und Metamphetamin könnten von Apotheken abgegeben werden. Nach dem Vorbild der niederländischen Coffeeshops könnte es "Drogenfachgeschäfte" geben, ähnlich wie die Alkoholläden in Skandinavien.

Dabei sollte die Thematik allerdings nicht verharmlost werden! "Es geht mir nicht um eine generelle Drogenfreigabe, sondern darum, mehr Kontrolle zu erlangen und Schäden zu reduzieren", sagte Stöver abschließend.

Das Junge Europa bedankt sich sehr herzlich bei Herrn Prof. Dr. Heino Stöver, dass er uns in Regensburg die Ehre eines Gastvortrages erwiesen hat.